

Protokoll

über die Sitzung des **Finanzausschusses** am Dienstag, 27.03.2018, 18:04 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Uwe Sternbeck

Vorsitzende/r

Herr Frank Hahn

Stellv. Vorsitzende/r

Herr Willi Ostermann

abwesend in der Zeit von 20:15 Uhr bis 20:40 Uhr

Mitglieder

Herr Dr. Ulrich Baulain
Herr Josef Ehlert
Herr Thomas Iseke
Frau Ute Lamla
Frau Christina Schlicker
Frau Heike Stünkel-Rabe
Herr Wilhelm Wesemann

Vertreter/innen

Herr Sebastian Lechner

Vertreter für Herrn Johannes-Jürgen Laub

Verwaltungsvorstand

Herr Jörg Homeier
Frau Annette Plein
Herr Maic Schillack

Fachbereichsleitung 3
Fachbereichsleitung 2
Fachbereichsleitung 1, Erster Stadtrat

Beratende Mitglieder

Herr Klaus-Dieter Drechsler
Herr Heinz Günter Sala

Gäste

Herr Günter Hahn

Ortsbürgermeister Mandelsloh

Verwaltungsangehörige/r

Herr Wiegand Ahrbecker
Herr Thomas Meyer
Frau Kirsten Scheve
Herr Jürgen Werka

Fachdienstleitung Finanzwesen
Sachgebiet Allgemeine Finanzen, Protokoll
Personalentwicklung
Sachgebiet Geschäftsbuchhaltung

Zuhörer/innen

Zuhörer/innen

Bis zu 4 Personen

Sitzungsbeginn: 18:04 Uhr
Sitzungsende: 21:53 Uhr

T a g e s o r d n u n g:

Vorlagen Nr.

- | | | |
|------|--|-------------------|
| 1. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | |
| 2. | Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 13.03.2018 | |
| 3. | Berichte und Bekanntgaben | |
| 4. | Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes | |
| 5. | Fortentwicklung des Zweckverbands vhs Hannover-Land, hier:
- Entwicklung der Verbandsumlage | 2018/031/1 |
| 6. | Neufassung der städtischen Hundesteuersatzung | 2017/111 |
| 7. | Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 - Veränderungen II | 2017/186/2 |
| 7.1. | Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 - Veränderungen I | 2017/186/1 |
| 7.2. | Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 | 2017/186 |
| 8. | Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2018 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms | 2017/286/2 |
| 8.1. | Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2018 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms | 2017/286/1 |
| 8.2. | Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2018 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms | 2017/286 |
| 9. | Anfragen | |

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Hahn eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses um 18:04 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Zudem stellt er die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

Von der AFD-Fraktion ist kein stimmberechtigtes Mitglied anwesend.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 13.03.2018

Der Finanzausschuss fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 13.03.2018 wird genehmigt.

3. Berichte und Bekanntgaben

Berichte und Bekanntgaben liegen nicht vor.

4. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Die Einwohnerfragestunde wird nicht in Anspruch genommen.

**5. Fortentwicklung des Zweckverbands vhs Hannover-Land, hier:
- Entwicklung der Verbandsumlage**

2018/031/1

Anmerkung zum Protokoll:

Laut Beschluss des VA vom 05.03.2018 TOP 9 Beschlussvorlage 2018/031 zu Beschlussvorschlag Nr. 1 soll die Beratung zu dieser Vorlage zunächst im Finanzausschuss geführt werden.

Betreffend der Höhe der Zuweisung an den Zweckverband VHS erläutert Herr Hahn nochmals die Zusammensetzung des Haushaltsansatzes für das Jahr 2018. Er vertritt die Auffassung, dass hier nunmehr eine ausreichende Klärung erfolgt ist und daher auch nicht die Anwesenheit einer Vertreterin/eines Vertreters des Zweckverbandes VHS notwendig sei.

Herr Ostermann macht geltend, dass er dies so nicht in Erinnerung habe. Er möchte die Vorlage nicht verabschieden. Weiterhin sieht er das Problem, dass ähnliche Institutionen für gleiche Dinge (Überschneidung von Kursangeboten) bezuschusst werden (Zweckverband VHS, Jugendkunstschule, Musikschule).

Zur Zusammensetzung des Haushaltsansatzes verdeutlicht Herr Sternbeck, dass die Aufwendungen für das Gutachten bereits vom Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschlossen worden seien. Eine weitere Diskussion erfolge dann im Fachausschuss. Er bittet darum, der Vorlage in der vorliegenden Form zuzustimmen, da dies dem Zweckverband VHS ermögliche, das Fortbildungsprogramm attraktiver zu gestalten. Hierin wird er von Herrn Ehler unterstützt, der auch eine ausreichende finanzielle Ausstattung des Zweckverbandes VHS für unabdingbar hält.

Frau Lamla fände es gut, wenn der Haushalt des Zweckverbandes VHS in zwei Teile untergliedert würde. Einen Teil für berufliche Weiterbildung und einen weiteren für die Allgemeinbildung. Herr Iseke prangert an, dass die Region Hannover, wie er es formuliert, Mitarbeiter outgesourct habe und die am Zweckverband VHS beteiligten Kommunen nunmehr die Zeche in Form des Verlustausgleiches zahlen müssen.

Herr Bürgermeister Sternbeck klärt in diesem Zusammenhang über die Notwendigkeit der Übernahme dieser Ausgleichszahlungen auf und weist darauf hin, dass es sich bei der Mitgliedschaft im Zweckverband VHS um eine Pflichtaufgabe der Kommune handle.

Herr Lechner fasst zusammen, dass nach seinem Verständnis eine Übernahme des Verlustausgleiches sowie die Erhöhung der Verbandsumlage angezeigt seien. Hierdurch werde dem Zweckverband VHS eine Neuaufstellung mit einem ggf. veränderten Konzept ermöglicht.

Etwaige Anträge hierzu könnten nach Beratung im Fachausschuss über den Bürgermeister und die Vertreter des Rates in der Verbandsversammlung in die Gremien des Zweckverbandes VHS eingebracht werden.

Anschließend lässt Herr Hahn über die Vorlage abstimmen und der Finanzausschuss fasst mehrheitlich mit 8-Ja- und 2-Neinstimmen folgenden empfehlenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beauftragt den Bürgermeister und die weiteren Mitglieder des Rates in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes vhs Hannover-Land der geplanten rückwirkenden Erhöhung der Verbandsumlage auf 5,95 € je Einwohnerin/Einwohner ab 01.01.2018 zuzustimmen. Der demzufolge erhöhte Betrag für Neustadt a. Rbge. wird in den Haushaltsplan 2018 aufgenommen

6. Neufassung der städtischen Hundesteuersatzung

2017/111

Herr Lechner sieht die rechtliche Notwendigkeit der Änderung der bisher geltenden Satzung als notwendig an. Er lehnt aber die in der Vorlage vorgegebene Erhöhung der Hundesteuer ab und schlägt eine Anpassung/Erhöhung der Hundesteuer in etwa auf den Durchschnitt der Region Hannover vor. Im § 3 der Satzung sollte die Steuer daher wie folgt festgelegt werden:

Erster Hund	90 EUR
Zweiter Hund	140 EUR
Jeder weitere Hund	160 EUR
Gefährlicher Hund	620 EUR

Ergänzend fragt Herr Ehlert nach, warum pensionierte Diensthunde von der Erhebung der Steuer ausgenommen sind.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Beantwortung der Anfrage erfolgte im Rahmen der Vorlage 2017/111/1.

Pensionierte Diensthunde sind nunmehr nicht mehr von der Erhebung der Steuer ausgeschlossen.

Anschließend fasst der Finanzausschuss mit 8 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen den abweichenden empfehlenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschließt die Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Stadt Neustadt a. Rbge. mit der beschlossenen Abweichung. Eine Ausfertigung der Satzung wird zum Bestandteil der Niederschrift erklärt.

- | | | |
|-----------|---|---|
| 7. | Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018 - Veränderungen II | 2017/186/2
2017/186/1
2017/186 |
| 8. | Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 mit Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie Stellenplan 2018 und Feststellung der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms | 2017/286/2
2017/286/1
2017/186 |

Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 werden gemeinsam beraten.

Frau Scheve stellt hier zunächst den Stellenplan (*Anlage 1*) in der von Herrn Lechner in der vergangenen Sitzung eingeforderten Form vor. Insbesondere wird hier zunächst auf die Differenz zwischen den vorhandenen Plan-Stellen und den tatsächlich besetzten Stellen eingegangen. Nachfragen zur Darstellung werden ausführlich und abschließend beantwortet. Herr Lechner möchte diese Form der Übersicht des Stellenplanes institutionalisieren. Festzulegen wäre hier noch, welches Steuerungskonzept „gefahren“ werden solle. Trennscharf am Stellenplan der jeweiligen Organisationseinheit oder eine Steuerung über das Gesamtbudget? In der Folge werden Ausschussübergreifend folgende Themenbereiche thematisiert und diskutiert:

- Probleme in der Gewinnung von qualifiziertem Personal (dies insbesondere im Bereich Kinder und Jugend).
- Kompensierung von Personalengpässen und Auswirkungen auf die Mitarbeiter (Stichwort: Arbeitsüberlastung).
- Aufgabenerfüllung.

In diesem Zusammenhang vermutet Herr Wesemann, dass es, wenigstens kurz- bis mittelfristig, Probleme geben werde, freie Stellen zu besetzen, da der Arbeitsmarkt dies im Augenblick nicht hergäbe.

Im Kontext zum Gesamthaushalt hebt Herr Lechner hervor, dass es wichtig sei, sich strategisch zu positionieren, d.h. mit strukturellen Vorschlägen/Maßnahmen auch über das Jahr 2020 hinaus handlungsfähig zu bleiben. Frau Lamla möchte hierzu bei den Inhalten ansetzen und dort seitens der Politik Vorgaben machen, denn die Rahmenbedingungen müssen seitens der Politik gesetzt werden. Herr Iseke regt an, eine Steuerung über das Festsetzen von Standards zu implementieren. Sich anschließende Fragen zur Liquidität und der Umsetzung von Schlüsselvorhaben werden abschließend beantwortet.

Im Hinblick auf die Erreichung eines wenigstens fiktiven Haushaltsausgleichs auch in den Folgejahren stellt Herr Lechner in der Folge den Antrag die Personalaufwendungen pauschal auf 27,5 Mio. EUR herabzusetzen und die Gewerbesteuererträge auf 12,7 Mio. EUR heraufzusetzen.

Diesem Antrag wird mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen bei 2 Nein-Stimmen zugestimmt.

Wegen der gegebenen Prämisse der Haushaltskonsolidierung stellt Herr Schillack die Einbringung eines Eckwertebeschlusses in den Finanzausschuss für Mai 2018 in Aussicht.

Herr Bürgermeister Sternbeck macht darauf aufmerksam, dass die beschlossenen Änderungen im Ergebnishaushalt voraussichtlich u.a. Auswirkungen auf die Personalakquise und die Notwendigkeit der Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen haben werden.

Anschließend wird seitens der Ausschussmitglieder die Veränderungsliste zum Ergebnishaushalt 2018 (Anlage 1 der Vorlage 2017/286/2) durchgegangen. Im Ergebnis besteht Einigkeit darüber, dass der Ansatz für die Umzugskosten der Stadtbibliothek von 50.000 EUR auf 30.000 EUR gesenkt werden soll.

In der Folge werden die:

- Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2018 (*Anlage 2*)
- Liste kleiner Maßnahmen zum Haushalt 2018 (*Anlage 3*)
- Prüfaufträge der Fraktionen zum Haushalt 2018 ff. (*Anlage 4*)

zum Teil sehr lebhaft und kontrovers diskutiert. Die Ergebnisse der Diskussion sowie der jeweiligen Abstimmungen des Ausschusses sind den benannten Anlagen dokumentiert.

Am Ende der Beratung der Tagesordnungspunkte 7 und 8 fasst der Finanzausschuss unter Einbeziehung der von ihm beschlossenen Änderungen mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme bei 1 Enthaltung folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. beschließt

1. die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung für das Jahr 2018 einschließlich Stellenplan und
2. gemäß § 58 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) das der Finanzplanung zugrunde liegende Investitionsprogramm.

Eine Ausfertigung der Haushaltssatzung wird zum Bestandteil der Niederschrift erklärt.

9. Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Hahn die Sitzung um 21:53 Uhr.

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer

Neustadt a. Rbge., 25.05.2018